

Nyéleni Europe

Einführungstext zu „Produktionsmodelle“

Wie werden Lebensmittel hergestellt und wer profitiert davon?

1 Warum ist es wichtig?

Europa ist in ein globales Lebensmittelsystem integriert worden, das von Konzerninteressen kontrolliert wird und auf der Ausbeutung von Ressourcen und Menschen beruht. Dieses System ist kontraproduktiv und führt zur Zunahme von ernährungsbedingten Krankheiten sowie Übergewicht in Europa und Hunger in anderen Teilen der Welt; es bedingt wachsende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit (besonders betroffen davon sind kleine und mittlere LebensmittelproduzentInnen und arme KonsumentInnen), und zerstört die natürlichen Ressourcen. Das europäische Produktionsmodell wird anderen Regionen der Welt aufgezwungen und vertreibt – hier wie dort – KleinbäuerInnen von ihrem Land, FischerInnen vom Meer und führt dazu, dass Nutztiere überwiegend in Agrarfabriken gehalten werden. Es wird durch Regulierungen im Interesse von transnationalen Konzernen und Finanzakteuren aufrecht erhalten sowie durch gesetzliche Regelungen, die industrielle Monopole schützen und fördern und die ungezügelte Macht des Agrobusiness, der Supermärkte und des internationalen Handels bewahren.

In ganz Europa leisten Menschen Widerstand gegen dieses System und organisieren sich in Graswurzelbewegungen, um die Kontrolle über unsere Essen, die Landwirtschaft und die Fischerei wiederzugewinnen. Wir unterstützen lokale Lebensmittelsysteme und Saatguttauschbörsen und versuchen, die Widerstandskraft unseres ökologischen Modells¹ der Bereitstellung von Lebensmitteln zu stärken und zu vergrößern. Unsere Arbeit bewegt sich im Rahmen des Konzepts der Ernährungssouveränität, stärkt ländlich-städtische Lebensmittelnetzwerke und baut Allianzen zwischen kleinstrukturierten LebensmittelproduzentInnen, VerarbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, Institutionen und KonsumentInnen auf.

GESUNDES UND LOKALES ESSEN ERZEUGEN – MIT WIDERSTANDSFÄHIGEN, DIE BIODIVERSITÄT STÄRKENDEN UND ÖKOLOGISCHEN METHODEN

Ernährungssouveränität: verwendet die Gaben der Natur für diversifizierte, mit wenig Ressourcen auskommende (agro)ökologische Produktions- und Erntemethoden, die Ökosysteme optimieren und deren Resilienz und Anpassungsfähigkeit speziell an den Klimawandel erhöhen; versucht die Erde zu heilen, damit die Erde uns heilen kann; und verweigert Praktiken, die Ökosysteme schädigen, wie Monokulturen und intensive Tierhaltung, welche enorm viel Energie verbrauchen, zerstörerische Fischfangpraktiken und andere industrielle Produktionsmethoden, die die Umwelt zerstören und zum Klimawandel beitragen.

Nyéleni 2007: Forum für Ernährungssouveränität, Synthesebericht

- *Wir verpflichten uns, unser ökologisches Modell der Lebensmittelbereitstellung basierend auf Ernährungssouveränität zu stärken und voranzutreiben.*
- *Wir fordern eine neue Form von Wissenschaft, die partizipative Methoden verwendet und unser ökologisches Modell der Lebensmittelbereitstellung unterstützt.*
- *Wir werden unsere städtisch-ländlichen Lebensmittelnetzwerke stärken. Wir werden Allianzen innerhalb eines **Complex Alimentarius** bilden und kleinstrukturierte LebensmittelproduzentInnen, VerarbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, Institutionen und KonsumentInnen miteinander vernetzen.*

Forum for Peoples Food Sovereignty Now!, 2009

¹ *Ökologische Bereitstellung von Lebensmitteln inkludiert kleinbäuerliche Landwirtschaft, Biolandwirtschaft, agrarökologische Bewirtschaftungsformen, Landwirtschaft mit wenig externen Inputs ("low external input sustainable agriculture - LEISA), Permakultur sowie nachhaltige und ökologische Viehwirtschaft Aquakultur und Fischerei, etc.*

2. Was wollen wir?

Lebensmittel für Menschen: Unsere ökologischen Praktiken minimieren die Verschwendung und das Wegwerfen von Lebensmitteln, weil sie lokale Versorgungsstrukturen bevorzugen. Deshalb verursachen sie auch keine den agroindustriellen Produktionsmethoden vergleichbare Schäden. Sie sind widerstandsfähig und können sich an den Klimawandel anpassen sowie dessen Auswirkungen abfedern. Wir bestehen darauf, dass Lebensmittel und Landwirtschaft aus den Kohlendioxidzertifikatsmärkten und den Kompensationsmechanismen für Ökoystems- und Biodiversitätsleistungen herausgehalten werden. Wir werden unsere landwirtschaftliche Biodiversität entwickeln und verteidigen (dies bezieht sich auf alle Arten, also Feldfrüchte, Nutztiere, Fische und andere Wasserlebewesen, Bestäuber, Nützlinge, Bodenmikroorganismen, etc.). Angesichts der aggressiven Kommerzialisierung von Natur, Lebensmitteln und Wissen werden wir kollektive Landnutzungsrechte sowie Rechte auf Wasser, Saatgut etc. respektieren und Patente sowie andere Eigentumsansprüche auf Leben zurückweisen. Wir müssen das europäische Moratorium für den Anbau von GVO aufrechterhalten, die Förderung von nicht-reproduzierbarem Saatgut von Seiten der Industrie sowie deren Marktdominanz bekämpfen und verhindern, dass europäische Saatgutgesetze unser Recht beschneiden, Saatgut zu bewahren, zu säen, auszutauschen und zu verkaufen.

Anstatt dessen werden wir die lokalen bäuerlichen Saatgutbewegungen und Tauschbörsen stärken und an der Diversifizierung von Saatgut, das wir für die lokale Produktion brauchen, arbeiten. Wir müssen die europäischen Agrotreibstoffziele zurückweisen.

Lokale Lebensmittelsysteme: Wir sollten die Distanz zwischen LebensmittelproduzentInnen und KonsumentInnen verringern, indem wir lokale Lebensmittelnetzwerke (wie z.B. CSA – Community Supported Agriculture, Biokisterln, etc.) ausbauen. Wir müssen urbane Lebensmittelinitiativen stärken und sowohl die städtische wie auch peri-urbane Landwirtschaft (z.B. in Transition Towns) vorantreiben. Wir sollten uns in die öffentliche Diskussion über Ernährung einmischen und darauf achten, dass Qualität und abwechslungsreiche Ernährungsweisen (die Fleisch aus industrieller Produktion ausschließen) wieder in den Vordergrund treten. Wir sollten die lokale Eiweißproduktion unterstützen und die Versorgungskette, die auf der Abholzung des Regenwaldes zur Produktion von Soja für Tierfutter oder der Ausbeutung von Fischbeständen für die Lachsproduktion beruhen, zurückweisen. Unsere Praktiken erfordern die Regulierung des Angebots von Seiten der öffentlichen Hand, damit die Verfügbarkeit von Lebensmitteln und akzeptable Löhne wie auch faire Preise gesichert werden können - dies müssen wir mit Kampagnen bewerben. Wir müssen unsere Regierungen auffordern, interne Lebensmittelmärkte zu schützen und zu regulieren. Wir brauchen neue gesetzliche Rahmenbestimmungen (wie die GAP), um unsere Praktiken zu unterstützen. Daran müssen wir gemeinsam mit Verbündeten arbeiten.

Forschung für Menschen: Wir, unser Wissen und unser Fähigkeiten sind die Basis von Innovation. Wir machen lokales Saatgut, lokale Viehrassen und Fischarten, die den Klimawandel überstehen, wieder verfügbar. Wir sollten die Ergebnisse des Weltagrarrichts (IAASTD - International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) in Europa offensiv bewerben. Wir fordern Rechenschaftspflicht von öffentlichen und privaten WissenschaftlerInnen gegenüber BäuerInnen und KonsumentInnen sowie die Abschaffung der öffentlichen Unterstützung für Forschung an riskanten Technologien im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, insbesondere für solche, die negative Auswirkungen auf die Umwelt haben könnten (z.B. GVO, Nanotechnologien, Synthetische Biologie). Wir fordern, dass Forschung, die von Konzernen finanziert wird, streng reguliert wird. Forschung und Wissenschaft sollten so transformiert werden, dass sie standardmäßig partizipative und on-farm-Methoden verwenden. Wir weisen

die Kontrolle von Konzernen über Forschung und Wissenschaft zurück und werden uns nicht an Foren beteiligen, die von ihnen dominiert sind. Wir werden unsere Innovationen über unsere Medien und über Trainings-, Bildungs- und Informationskanäle propagieren.

3. Was ist gegen uns?

Ackerbau und Tierhaltung in ihrer industriellen Ausprägung und die Fischereiindustrie sowie damit einhergehende Verarbeitungsmethoden, globale Verteilungs- und Vermarktungssysteme zerstören unsere Lebensmittelsysteme, sie schädigen Menschen und den Planeten in vielfältiger Art und Weise. Sie sind in der Hand von nicht rechenschaftspflichtigen und schwer erreichbaren Großkonzernen.

Dieses Produktions- und Konsumptionsmodell:

- Basiert auf intensivem Energieverbrauch sowie dem Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen und bevorzugt die Produktion von Waren und Agrotreibstoffen anstatt gesundem Essen.
- Verursacht den Großteil der Treibhausgase aus Landwirtschaft, Viehwirtschaft und Fischerei, die bis zu einem Viertel der globalen Treibhausgase ausmachen und so hauptsächlich zum Klimawandel beitragen.
- Hat wenig Resilienz (Widerstandskraft) und kann sich nicht an naturbedingte und menschenverursachte Umbrüche anpassen.
- Schädigt Menschen und den Planeten.
- Wird von öffentlichen und privaten Wissenschaftseinrichtungen unterstützt und im Namen von so genannter "Ernährungssicherheit" beworben, was die Kontrolle von AkteurInnen außerhalb der lokalen Lebensmittelsysteme vergrößert.
- Ist kapitalintensiv und wird durch Patente, kommerzielle Vereinbarungen, Handelsregeln und Technologien wie die Grüne Gentechnik gestützt. Diese Regelungen und Technologien erleichtern es den Konzernen, Märkte für Inputs und Produkte zu erobern und zu kontrollieren und Ökosysteme sowie anderen natürlichen Reichtum auszubeuten und zu zerstören.
- Ist die Wurzel eines dysfunktionalen globalen Lebensmittelsystems, das diejenigen begünstigt, die die Vorleistungen (Inputs), die Lieferketten und die Märkte kontrollieren.
- Hat in Summe negative Auswirkungen auf die Lebensmittelherstellung, die Umwelt, die menschliche Gesundheit, auf Kultur, den Nährwert von Lebensmitteln und auf Ernährungssouveränität.

4. Was werden wir tun?

1. **Lokale Lebensmittelsysteme fördern:** Wie können wir lokale, ökologische, diversifizierte und resiliente Lebensmittelsysteme – im Rahmen von Ernährungssouveränität – fördern, die unsere Höfe, unser Zuhause, unsere Schulen und Bauernmärkte vernetzen? Mit welchen Kampagnen werden wir sie bewerben und vorantreiben, damit sie eine zentrale Komponente der neuen EU-Agrarpolitik nach 2013 darstellen? Wie können wir zeigen, dass lokale Lebensmittelsysteme auch einen Beitrag zur Lösung des Klimawandels leisten? Wie können wir wirkungsvoll gegen die industrielle Produktion und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Agrotreibstoffen und mit importierten Eiweißfuttermitteln aufgezogenen Nutztieren mobilisieren? Wie können wir die Dominanz der Supermärkte herausfordern und unterwandern?
2. **Ökologische Produktion unterstützen:** Wie können wir den Übergang zu GVO- und patentfreien, ökologischen Produktionsmethoden bewältigen, die traditionelles

bäuerliches Saatgut und traditionelle Haustierrassen in vielfältigen Bewirtschaftungsweisen verwenden und gleichzeitig die Produktivität aufrecht erhalten, die landwirtschaftliche Biodiversität entwickeln, die Umwelt verbessern und Ernährungsweisen auf der Basis des Reichtums und der Vielfalt von lokal verfügbaren Lebensmitteln (wieder) einführen? Wie können wir Gemeinschaftsbasierte Landwirtschaftsmodelle (CSA) vervielfachen?

3. **Forschung verändern:** Wie können wir die europäische Forschung und Wissenschaft beeinflussen, damit sie an wirklichen Veränderungen zugunsten ökologischer Lebensmittelsysteme arbeitet? Wie können wir unsere partizipativen Forschungs- und Bildungsmethoden befördern und bewerben? Welche Art von Innovation brauchen wir, um unsere ökologischen Lebensmittelsysteme zu entwickeln? Wie können wir für strenge Regeln von Agrobusiness-geleiteter Forschung mobilisieren?
4. **Allianzen schmieden:** Wie können wir starke Allianzen in einem “Complex Alimentarius” bilden (kleine, ökologisch produzierende LebensmittelproduzentInnen und ihre sozialen Bewegungen mit aufgeklärten WissenschaftlerInnen, unterstützenden Institutionen und engagierten KonsumentInnen vernetzen)? Wie können wir die lauschigen Beziehungen zwischen Agrobusiness, Regierungen und Verantwortlichen öffentlich machen und herausfordern?
5. **Europas Lebensmittel-Fußabdruck verringern:** Wie können wir der internationalen Agenda des Produktivismus entgegentreten, die von Konzernen und europäischen Regierungen vorangetrieben wird, die sogenannte “nachhaltige Intensivierung” in Europa rechtfertigt und dieses Modell durch Entwicklungszusammenarbeitsprogramme, Gesetze und Normen anderen Regionen aufzwingt?

(Weiterführende) Literatur

- Nyéléni 2007: Forum für Ernährungssouveränität – Synthesebericht
<http://www.nyeleni.org/IMG/pdf/31Mar2007NyeleniSynthesisReport-en.pdf>
- Forum for Peoples Food Sovereignty now! – final declaration (EN/ES/FR)
peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations
- Let’s Liberate Diversity www.liberate-diversity-hungary2011.org/
- Biodiverse Agriculture for a Changing Climate, Jonathon Ensor
practicalaction.org/docs/advocacy/biodiverse-agriculture-for-a-changing-climate-full.pdf
- Securing Future Food: towards ecological food provision, UK Food Group
www.ukfg.org.uk/securing_future_food_publication/
- Implementing IAASTD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development), Patrick Mulvany ukabc.org/implementing-iaastd-nov2010.pdf
- Democratising Agricultural Research for Food Sovereignty, Michel Pimbert
www.iied.org/natural-resources/key-issues/food-and-agriculture/democratising-agricultural-research-for-food-sover

Nyéleni Europe

Einführungstext zu “Märkte und Lebensmittelnetzwerke”

Wie werden Lebensmittel verteilt und wer profitiert?

1 Warum ist es wichtig?

In ganz Europa sind tiefgreifende Änderungen der gesellschaftlichen Organisation von Lebensmittelproduktion, -verarbeitung und -verteilung im Gang. Initiativen, Kollektive und Vereine schaffen formale und informelle Strukturen für Lebensmittelnetzwerke, die auf menschlichen Beziehungen basieren, um das konzerngesteuerte Modell der Lebensmittelketten zu überwinden.

Während der letzten 20 Jahre wurden Agrarmärkte zunehmend dereguliert, wodurch die gesamte Kette – Produktion, Verarbeitung und Verteilung – von den wettbewerbsstärksten Akteuren dominiert werden konnte. Zur Illustration: 10 Einkäufer kontrollieren 40% der europäischen Lebensmittelversorgung².

Dieser Prozess hat zu einem noch nie dagewesenen Ausmaß an Kontrolle über die gesamte Versorgungskette in den Händen einiger weniger Akteure geführt – Supermärkte und Großhändler bestimmen die ErzeugerInnenpreise und die Endverkaufspreise gleichermaßen.

Innerhalb dieses Systems sind die meisten Bauern, Bäuerinnen und LebensmittelherstellerInnen abhängig von einer einzigen Absatzmöglichkeit, und daher gezwungen, eine unakzeptabel niedrige Entlohnung für ihre Produkte anzunehmen. Das bestehende System reduziert den Beitrag der BäuerInnen auf ihre Arbeitsleistungen, drängt zu einer Senkung der Produktionskosten, zu einer Steigerung der Produktionsmengen und resultiert in einem gegenseitigen Unterbieten der LieferantInnen, um Marktanteile halten zu können.

Während in Europa die Menge an produzierten Lebensmitteln steigt, sinkt der ErzeugerInnenpreis, in manchen Sektoren wie z.B. in der Milchproduktion unter die Produktionskosten. Dieses System macht Essen zur Ware, liefert es der Spekulation aus und nährt die Wegwerfmentalität unter den VerbraucherInnen. Als Folge davon verlieren die LebensmittelherstellerInnen ihr Ansehen in der Gesellschaft.

Das Anwachsen der Macht von Supermärkten und Händlern hat zu einer fast vollständigen vertikalen Integration der Versorgungskette geführt, in der Lebensmittelkonzerne alle Sektoren vom Saatgut bis zum Einzelhandel dominieren. In diesem Zusammenhang ist die Entstehung von Lebensmittelnetzwerken als Widerstand gegen das herrschende System zu verstehen.

2 Was wollen wir?

BürgerInnen wollen mitbestimmen, was sie essen, wer Lebensmittel produziert und unter welchen Bedingungen.

- Die Hauptaufgabe des Agrar- und Ernährungssystems sollte die Versorgung aller Menschen mit regional hergestelltem, gesundem und kulturell angepasstem Essen sein.
- Die HerstellerInnen von Lebensmitteln sollen Wertschätzung für ihre Tätigkeit

² Boussard Jean-Marc & Trouvé Aurélie (ed.), *Proposal for a New European Agriculture and Food Policy that meets the challenges of this Century*, July 12th 2010, p. 10.

erfahren. Wir brauchen mehr Bauern und Bäuerinnen, nicht weniger. JedeR, der/die Lebensmittel herstellen möchte, sollte die Möglichkeit dazu bekommen.

- Das angestrebte Lebensmittelsystem sollte nicht nur die HerstellerInnen wertschätzen, sondern auch die Bedeutung der menschlichen Beziehungen innerhalb des Lebensmittelsystems und den Schutz der natürlichen Ressourcen betonen.

Die Vermarktung und Verteilung von Lebensmittel soll auf Kooperation statt auf Konkurrenz ausgerichtet sein und die Mitbestimmung von ländlichen und städtischen Gemeinschaften ermöglichen. Das europäische Agrar- und Ernährungssystem darf auf keinen Fall die Versorgungssysteme anderer Länder und Regionen negativ beeinflussen.

Die BürgerInnen Europas arbeiten eifrig an der Umsetzung von Ernährungssouveränität - *Gruppo di acquisto solidale, Associations pour le Maintien d'une Agriculture Paysanne, Community -Supported Agriculture* und andere Initiativen schaffen lokale Lebensmittelnetzwerke und damit Beispiele zur Veränderung der europäischen Lebensmittelmärkte.

Politikbereiche wie z.B. das öffentliche Beschaffungswesen sind einzigartige Ansatzpunkte für eine Belebung der regionalen Landwirtschaft und für Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit. In vielen europäischen Staaten wurden neue, beispielhafte Methoden in der Zusammenarbeit der Öffentlichen Hand mit der Bewegung für Ernährungssouveränität entwickelt, wie z.B. die Regionalisierung des Lebensmitteleinkaufs in Einrichtungen der Öffentlichen Hand (Schulen, Verwaltung).

Lebensmittelkonzerne sollten aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden. Forschung und Entwicklung sollen an der gesellschaftlichen Relevanz ausgerichtet sein und nicht an kommerziellen Interessen.

3 Was ist gegen uns?

- Die Dominanz der Supermärkte
- Vorschriften aus dem Bereich Gesundheit und Hygiene
- Konsumdenken
- Das aktuelle System der Lebensmittelverteilung

Supermärkte und andere Lebensmittelkonzerne kontrollieren das Verteilsystem, das dadurch starr, zentralisiert und unhaltbar in Bezug auf seinen Ressourcenverbrauch wird. Die industrielle landwirtschaftliche Produktion, die agro-chemische und die Saatgut-Industrie komplettieren die Kette.

Dieselben Industriezweige haben die vorherrschende Konsumkultur gefördert, um ihre fortgesetzte Expansion in alle Bereiche der Lebensmittelkette durchzusetzen. Dadurch konnten sich die Konzentration, Homogenisierung und Industrialisierung der Produktion und Verteilung von Lebensmitteln entwickeln.

Darüber hinaus führt dieser Konzentrationsprozess zu verringerter Lebensmittelqualität in Europa. Obst und Gemüse enthalten geringere Mengen an Vitaminen und Mineralien. Stark verarbeitete Lebensmittel enthalten Nebenprodukte der Agrarindustrie (Fette und Zucker), die den Nährwert der Lebensmittel beeinträchtigen.

Für eine Standardisierung der Produktion und im Namen des KonsumentInnenschutzes wurden in ganz Europa restriktive Hygienevorschriften umgesetzt, die für die industrielle

Lebensmittelverarbeitung entwickelt worden waren. Mit diesen Regelungen werden traditionelle und kleinbäuerliche Herstellungs- und Verarbeitungsformen von Käse, Fleisch und anderen Produkten an den Rand gedrängt.

Die vereinten Lobbys der Agrarindustrie (Nahrungsmittel, Futtermittel, gentechnisch verändertes Saatgut, Pestizide) haben auf allen politischen Ebenen (Nationalstaat, EU, WTO, UN) legislative Strukturen zu ihrem Vorteil geschaffen: Zugang zu Fördermitteln der Öffentlichen Hand, Zugang zu neuen Märkten, weniger Regulierung für ihre Unternehmungen. Gleichzeitig haben sie legislative Barrieren für KleinproduzentInnen und alternative Projekte (z.B. im Bereich Saatgut) durchgesetzt.

Um das herrschende System zu ändern, müssen wir all diese Hindernisse wirtschaftlicher, politischer und sozio-kultureller Art überwinden.

4 Was werden wir tun?

1. **Supermärkte/Wertschöpfungskette:** Wie können wir die Macht der Supermärkte brechen? Boykotte? Wie können wir die Transparenz in der Wertschöpfungskette erhöhen? Wie können wir andere neuralgische Punkte in der Versorgungskette aufbrechen (Verteilssystem, Großhandel)?
2. **Hygiene- und steuerrechtliche Regelungen für KleinproduzentInnen:** Wie sollen wir mit den Einschränkungen für KleinproduzentInnen durch die Hygienevorschriften umgehen? Wie können wir eine qualitativ hochwertige Produktion durch KleinproduzentInnen gewährleisten, ohne die Standards der Industrie auf sie anzuwenden?
3. **Alternative Lebensmittelnetzwerke:** Wie können wir die Beteiligung von Bäuerinnen und Bauern an diesen neu entstehenden Lebensmittelnetzwerken fördern und gewährleisten, dass diese Netzwerke nicht von den VerbraucherInnen dominiert werden? Wie können wir das Engagement von BürgerInnen, auch aus Randgruppen der Gesellschaft, gewährleisten? Wo liegen die Grenzen der alternativen Lebensmittelnetzwerke? Wie können diese Netzwerke an Größe und Bedeutung gewinnen, ohne die zugrundeliegenden Prinzipien aufzugeben? Wie können wir durch diese Netzwerke VerbraucherInnen bzw. politisch aktive BürgerInnen ausbilden?
4. **Verteilungsnetze unter Bauern und Bäuerinnen schaffen/ Wissensvermittlung zwischen Bauern und Bäuerinnen fördern:** Wie schaffen wir eine horizontale (hierarchiefreie) und unabhängige Methode der Wissensvermittlung, mit der erfahrene NetzwerkaktivistInnen ihr Know how an interessierte ProduzentInnen und KonsumentInnen weitergeben können? Wie können wir dieses Kontext-abhängige Modell erweitern? Durch regionale/interregionale/internationale Netzwerke unter BäuerInnen?

(Weiterführende) Literatur

- Nyéléni 2007: forum for food sovereignty – synthesis report <http://www.nyeleni.org/IMG/pdf/31Mar2007NyeleniSynthesisReport-en.pdf>
- Forum for Peoples Food Sovereignty now! – Final declaration (EN/ES/FR) peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations
- On alternative distribution models and community –supported agriculture: Urgenci website <http://www.urgenci.net>

Nyéleni Europe
Einführungstext zu “Arbeitsbedingungen und Soziales”
Ernährungssouveränität für ArbeiterInnen, KonsumentInnen und
ProduzentInnen

1 Warum ist es wichtig?

Die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion innerhalb des globalen Ernährungssystems zieht enorme soziale Kosten und verschlechterte Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie nach sich. Hunderttausende von kleinen und mittleren Bauernhöfen und Lebensmittelverarbeitungsbetrieben in Europa wurden durch die Ausweitung von großen Agrarkonzernen zerstört, die die Kontrolle über Land, Wasser, Saatgut und Kapital übernommen haben. Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sind nicht länger Aufgabe und Tätigkeit von Gemeinschaften sondern eine profitgesteuerte Unternehmung von Konzernen.

Das Modell der industrialisierten Lebensmittelproduktion hat die kleinbäuerliche Produktion durch großflächigen Exportanbau und große Lebensmittelverarbeitungseinheiten ersetzt, in denen die ArbeiterInnen allzuoft ausgebeutet werden.

Die schwache ArbeiterInnengesetzgebung im landwirtschaftlichen Sektor führt zu Ausbeutung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und verweigert den ArbeiterInnen den Zugang zu ihren grundlegendsten Rechten. Im Rennen um eine möglichst billige Lebensmittelerzeugung spielen migrantische Arbeitskräfte eine herausragende Rolle. Sie werden über Subfirmen angeheuert und arbeiten oft ohne Verträge und damit ohne die Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern. In Verbindung damit steht die restriktive und auf eine Kosten-Nutzen-Rechnung ausgerichtete Migrationspolitik Europas, die zu untragbaren Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen innerhalb der gesamten Lebensmittelkette geführt hat. Sie ermöglicht es den ArbeitgeberInnen, eine Art Wettbewerb unter den ArbeiterInnen mit unterschiedlichem Rechtsstatus (Nationalstaatsangehörige, EU-BürgerInnen, Saisonarbeitskräfte, illegalisierte ArbeiterInnen) zu initiieren und verstärkt damit Mobbing und Rassismus. Viele der migrantischen ArbeiterInnen kommen nach Europa, weil sie vom herrschenden Agrar- und Lebensmittelsystem ihrer Existenzgrundlage beraubt und damit zur Migration gezwungen wurden.

Die Entfremdung der HerstellerInnen und VerbraucherInnen von der Lebensmittelversorgung macht es zunehmend schwieriger, die Prozesse rund um Lebensmittelproduktion, -verarbeitung und -verbrauch zu kennen. Die Zunahme von genetisch modifizierten Organismen (GMO) wird durch die fragwürdigen Zulassungsverfahren der EU begünstigt. Agrarkonzerne und große Supermarktketten nutzen ihre Machtstellung aus, um über die Ernährungsgewohnheiten der VerbraucherInnen zu bestimmen. Die Blockade einer „Ampel“-Kennzeichnung für Lebensmittel durch Lobbyisten der Lebensmittelindustrie ist ein gutes Beispiel dafür, wie diese Unternehmen die Vertretung ihre „berechtigten“ Interessen zur Erhaltung des derzeitigen Systems nutzen. Das derzeitige System bewirkt jedoch Überkonsum und Fettsucht auf der einen Seite und Unter- und Mangelernährung auf der anderen Seite. Zusätzlich wurden und werden kleine Lebensmittelhändler und (Straßen-)Märkte durch die Ausbreitung riesiger Supermärkte verdrängt.

Die Lebensmittelpreiskrise, die durch zügellose Spekulation, steigende Ölpreise und die Produktion von Energie statt Nahrung ausgelöst wurde, hat nicht nur arme Menschen in Entwicklungsländern schwer getroffen. Sie hat ebenso einkommensschwache Menschen in

Europa in eine finanzielle und ökonomische Krise gestürzt. Der Rückbau der Sozialleistungen, der in vielen europäischen Ländern geplant ist, wird die Armutsanfälligkeit vieler EuropäerInnen verstärken.

Während ArbeiterInnenrechte verletzt werden und KonsumentInnen mit hohen Preisen und mangelnden Informationen zu kämpfen haben, leiden viele Bauern und Bäuerinnen unter immer schlechteren Arbeitsbedingungen und anwachsender sozialer Unsicherheit. Ihr geringer Einfluss auf die Wertschöpfungskette drückt sich in schwankenden und unsicheren Einkommen aus. Viele Höfe sind verschuldet und kämpfen um annehmbare Lebensbedingungen. Hohe und weiter ansteigende Arbeitsbelastung, Stress und der Druck, den Anforderungen der Gesellschaft und der Politik gerecht zu werden, führen oft zu Konflikten innerhalb der bäuerlichen Familien, zu Burnout, zu Suchtverhalten wie z.B. Alkoholmissbrauch und zu körperlichen und seelischen Störungen. Kinder aus bäuerlichen Familien weigern sich oftmals, die Höfe zu übernehmen und wählen ein Lebensmodell mit weniger Unsicherheit, höherem sozialen Ansehen und leichter Arbeit. Der Mangel an HofübernehmerInnen von innerhalb oder außerhalb der Landwirtschaft schafft nicht nur Probleme für die betroffenen Bäuerinnen und Bauern (da sehr oft das Erbe und die Arbeit von Generationen aufgegeben wird), sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Die Altersstruktur unter europäischen HofbesitzerInnen ist alarmierend und zeigt, wie wenig ansprechend die Landwirtschaft unter den derzeitigen Bedingungen ist.

In vielen europäischen Staaten sind Bäuerinnen durch das Fehlen von Regelungen für geteilten Hofbesitz und sozialrechtliche Absicherung (Einkommensteilung, Pension, Mutterschutz, Mitsprache bei Beratungsprozessen, Zugang zu Förderungen) in einer sehr unsicheren und abhängigen Lage.

2 Was wollen wir?

Keine Grenzen und gleiche Behandlung

Wir unterstützen Reise- und Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Migration ist ein Recht für alle. Migrations- und Arbeitspolitiken führen oft zu Wettbewerb unter ArbeiterInnen mit unterschiedlichem Rechtsstatus, zum Vorteil der ArbeitgeberInnen. Eine Legalisierung aller Menschen auf europäischem Territorium ist notwendig. JedeR soll sich frei für oder gegen Migration entscheiden können. Wir wollen die Hintergründe der erzwungenen Migration ansprechen.

Bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung für alle

Wir wollen die Arbeitsbedingungen und sozialen Absicherungssysteme für alle ArbeiterInnen in Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie verbessern, speziell der am meisten gefährdeten Gruppen wie MigrantInnen und Menschen mit zeitlich begrenzten oder gar keinen Verträgen. Wir möchten ebenfalls die Arbeitsbedingungen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen verbessern, durch stabilere Einkommen und die Schaffung von befriedigenderen Arbeitsmodellen ohne Selbstausbeutung. Wir wollen uns speziell für die sozialrechtliche Absicherung von Bäuerinnen einsetzen. Um einen tiefgreifenden strukturellen Wandel herbeizuführen, müssen wir Alternativen außerhalb der profit-orientierten Logik der herrschenden Lebensmittelversorgung schaffen.

Zugang zu Nahrung

Wir möchten die Umsetzung des Rechts auf ausreichende, gesunde und kulturell angepasste Nahrung für alle Völker und Gemeinschaften erreichen. Nahrung ist ein Recht, keine Ware. Die Rolle des Lebensmittelhandels muss dieser Vorgabe angepasst werden und umfasst auch eine Rechenschaftspflicht über Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels.

Migrations- und Arbeitsgesetze müssen Ernährungssouveränität ermöglichen

Die Migrations- und Arbeitsgesetzgebung muss kohärent sein zu Ernährungssouveränität. Die Empfehlungen der Zivilgesellschaft und von selbstorganisierten ArbeiterInnen, von ProduzentInnen und KonsumentInnen oder von RepräsentantInnen von MigrantInnen müssen systematisch in die Entwicklung und Evaluierung von Politiken einfließen, die sie betreffen.

Die EU ist dringend aufgerufen, die ILO Konvention 184 zu Sicherheit und Gesundheit in der Landwirtschaft sowie die UNO Konvention zum Schutz von migrantischen ArbeiterInnen und deren Familien zu ratifizieren und umzusetzen.

3 Was ist gegen uns?

Das Agrar- und Ernährungssystem wird derzeit dominiert von der Logik des Wettbewerbs und der steigenden Kommodifizierung (Zur-Ware-Werdung) und bringt Profite für die Agro-Industrie und den Lebensmittelhandel, die diese auch zu erhalten suchen. Integrale Bestandteile dieses Systems sind steigender Preisdruck (niedrige ErzeugerInnenpreise, hohe VerbraucherInnenpreise, Reklame für ungesundes, stark verarbeitetes Junk Food) und verschlechterte Arbeitsbedingungen (prekäre Verträge, Flexibilität, hohe Arbeitsbelastung). Unterstützt wird das System von neoliberalen Handelspolitiken, die weltweit Großkonzerne begünstigen und kleinbäuerliche Produktion zerstören. Die Vorstellung, dass Einschnitte in Sozialleistungen für eine Überwindung der „Finanz“krise nötig sind, ist weit verbreitet, wird aber die Krise nur verschärfen. Die Zahl der „working poors“ („arbeitenden Armen“) steigt beständig, besonders in Industriezweigen mit niedrigen Löhnen, die keinen angemessenen Lebensunterhalt sichern.

Zusätzlich führt die Kosten-Nutzen-Konzeption von Arbeitskräften, speziell von migrantischen ArbeiterInnen, zur Entstehung einer restriktiven und diskriminierenden Migrationspolitik. MigrantInnen werden kriminalisiert und als Sündenböcke für Probleme verwendet, die vom neoliberalen System erst geschaffen werden. Das immer fremdenfeindlichere und rassistische Klima verhindert die Solidarisierung der Massen mit migrantischen und illegalisierten ArbeiterInnen.

4 Was werden wir tun?

- 1. Die Anstrengungen von selbstorganisierten Gruppen stärken und unterstützen und gerechte Einkommen für Bauern und Bäuerinnen absichern:** Wie können wir die Anstrengungen von landwirtschaftlichen ArbeiterInnen und MigrantInnen unterstützen und die Selbstorganisation von marginalisierten Gruppen fördern? Wie können wir Bäuerinnen und Bauern in der Entwicklung von alternativen Formen der Landwirtschaft und des Zusammenarbeitens unterstützen, die die Selbstausbeutung und die Ausbeutung von ArbeiterInnen beendet? Wie können wir die Verbindungen zwischen bäuerlichen Bewegungen, Gewerkschaften und Marginalisierten im urbanen Raum stärken? Wie können wir die Solidarität unter den Organisationen und in der Gesellschaft erhöhen?
- 2. Ausbeutung aufzeigen und Transparenz erhöhen, im Besonderen mit Blick auf die am meisten gefährdeten Gruppen wie migrantische ArbeiterInnen:** Wie können wir die Rolle von billiger Arbeitskraft in der Lebensmittelindustrie aufzeigen und einen Wandel zu Ernährungssystemen mit einem respektvollen zwischenmenschlichen Beziehungen fördern? Wie können wir den Zugang zu Nahrung verbessern? Wie können wir die gesundheitlichen Konsequenzen des industriellen Lebensmittelsystems anprangern?

- 3. Institutionelle Rahmenbedingungen stärken:** Wie können wir EU-Institutionen dazu zwingen, die Ansichten von Basisorganisationen zu berücksichtigen? Wie können wir die EU dazu zwingen, internationale Abkommen zu ratifizieren und umzusetzen? Wie können wir die diskriminierende und utilitaristische Migrationspolitik der EU ändern? Wie kann die vorgeschlagene EU-Direktive zu SaisonarbeiterInnen aus Drittstaaten zu einem Instrument des Schutzes anstatt der Ausbeutung werden? Wie können wir den sozialrechtlichen Schutz der am meisten gefährdeten Gruppen (Schwangere, SaisonarbeiterInnen, working poors, ...) verbessern? Wie können wir die sozialrechtliche Absicherung für Kleinbauern und vor allem Kleinbäuerinnen verbessern?

(Weiterführende) Literatur

- Nyéléni 2007: forum for food sovereignty – synthesis report
<http://www.nyeleni.org/spip.php?article334>
- Forum for Peoples Food sovereignty Now! - final declaration
http://peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations
- Un rapporteur on the Right to food <http://www.srfood.org/index.php/en/right-to-food>
- ILO Convention 184
<http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc89/pdf/c184.pdf>
- Un Convention on the protection of migrant workers on December 18
http://www.december18.net/un_migrant_workers_convention
- No Border network <http://noborder.org/>
- Platform for international cooperation on undocumented migrants (PICUM)
www.picum.org
- European Coordination Via Campesina position on seasonal workers' directive
<http://www.eurovia.org/spip.php?article450&lang=en>
- European Federation of Food, Agriculture, Tourism trade unions (EFFAT)
<http://www.effat.eu/public/>
- Youth platform European Coordination Via Campesina
<http://www.eurovia.org/spip.php?article482&lang=en>
- Peasant women statement of Caceres
<http://www.eurovia.org/spip.php?article323&lang=en>

Nyeléni Europe **Einführungstexte "Zugang zu Land und anderen Ressourcen"**

Wie können wir den Zugang zu Gemeingütern in Europa zurückgewinnen?

1 Warum ist es wichtig?

Ernährungssouveränität in Europa ist direkt verbunden mit der Fähigkeit der Menschen zu entscheiden, wie und von wem die landwirtschaftlichen Ressourcen - das sind in erster Linie Land, Wasser, Saatgut und Vieh- genutzt werden. In Europa wurde die Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen bis ins Extreme getrieben. Dadurch wurden demokratische Prozesse, die auf eine Umverteilung von Gemeinschaftsgütern abzielen, erschwert. Weil Marktregulierungsmechanismen fehlen, bleibt der Handlungsspielraum wenigen AkteurInnen überlassen. Zudem erlauben die niedrigen Löhne für landwirtschaftliche Tätigkeiten in den meisten Fällen keinen Zugang zu diesen Ressourcen, insbesondere keinen zu Land. Das Verschwinden von tausenden von europäischen Höfen, die Konzentration auf Großbetriebe und die Landflucht zeigen, dass eine Änderung dringend notwendig ist.

Besonders jene Menschen, die nicht aus Bauernfamilien kommen, haben mit zahlreichen Hindernissen zu kämpfen, wenn sie Projekte zu Ernährungssouveränität durchführen wollen. Das größte Hindernis ist der Mangel an öffentlichen Instrumenten, die den Zugang zu Land unterstützen. Aufgrund der zunehmenden Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft können viele Betriebe aufgrund ihrer Größe, der Grundstückspreise und wegen hoher Zahlungsverpflichtungen nicht mehr an zukünftige Generationen weitergegeben werden. Um die europäische Ernährungssouveränität neu aufzubauen, ist es unerlässlich, dass eine große Zahl von Menschen Landwirte/Landwirtinnen werden. Deshalb ist der Zugang zu Land, Wasser und landwirtschaftliche Vielfalt ein zentrales Thema für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa.

Auf internationaler Ebene wurde der Landraub zu einer neuen Profitstrategie, die unter anderem durch die EU-Handels-, Energie- und Klimapolitik gefördert wird. Auch in Ost- und Mitteleuropa, wo die Grundstückspreise niedriger sind und der Landmarkt geöffnet wurde, kaufen westeuropäische (Agro-) Unternehmen zunehmend große Mengen an Flächen für industrielle Projekte in der Landwirtschaft.

1 Was wollen wir?

Land, Wasser, landwirtschaftliche Vielfalt usw. sollten ihre Bedeutung als öffentliche Güter wiedererlangen. Wir müssen ihre Kommerzialisierung reduzieren und die öffentliche und demokratische Verwaltung von Territorien fördern. Agrarische Reformmaßnahmen sind nötig, um den aktuellen Trend zur Konzentration umzukehren und um Lebensmittelherstellungsprojekte zu ermöglichen, die sich im Einklang mit der Ernährungssouveränität entwickeln können. Wir wollen die unterschiedlichen Erfahrungen mit Gemeinschaftsland in Europa wertschätzen, die als Grundlage für unsere Forderungen dienen könnten.

Um die Zerstörung von Ackerland einzuschränken, ist es notwendig, urbane Politikstrategien zu überdenken.

Es ist essentiell, Politiken für die Allokation von landwirtschaftlichen Flächen zu schaffen und zu stärken. Derartige Strategien würden das Recht auf Land überall in Europa gewährleisten. Auch die (in vielen Ländern angestrebten) Bemühungen um eine Landreform, die auf Verteilungsgerechtigkeit beruht, können dadurch unterstützt werden. Referenzpunkte für diese Maßnahmen müssen all Menschen sein, die bäuerliche Landwirtschaft betreiben wollen. Die Begrenzung der Betriebsgröße oder zumindest strenge Regeln in Bezug auf ihre

Expansion sollten geschaffen werden. Flächen, die wegen Spekulation brachliegen, sollten enteignet und an Menschen, die sie kultivieren wollen umverteilt werden.

Schließlich sollten bestimmte öffentliche Maßnahmen ergriffen werden, um Betriebe, die zu groß oder nicht nachhaltig sind, zu demontieren - diese sollten in mehrere kleine Betriebe aufgeteilt werden.

Dies wäre besonders in den Ländern Mittel- und Osteuropas von Nutzen, wo ehemalige Kollektivbetriebe von Kapitalgesellschaften aufgekauft wurden, anstatt zum Nutzen der Menschen vor Ort aufgeteilt zu werden.

3. Was ist gegen uns?

Die Haupthindernisse für den Zugang zu öffentlichen Ressourcen und Gütern sind die Kommerzialisierung und Privatisierung dieser gemeinsamen Ressourcen. Land und die Agrobiodiversität geraten zunehmend unter Druck (Urbanisierung, Tourismus, Megaprojekte wie Solarzellenfelder, Dämme, große Monokulturen, Hochgeschwindigkeitszüge, abgeschlossene Naturschutzgebiete,...). Auch der Mangel an öffentlicher Unterstützung für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft (Einstieg, Erneuerung ...) ist eine Barriere. Auf europäischer Ebene hat zum Beispiel die GAP mit Subventionen pro Hektar ohne Höchstgrenze, die Konzentration der Produktion, von Kapital und von Ressourcen vorangetrieben.

Land, Saatgut, Wälder, Wasser usw. sind zu einer sicheren und rentablen Geldanlage geworden: Wer Land in einem bestimmten Jahr kauft, kann sich fast sicher sein, es 15 Jahre später um das Doppelte seines ursprünglichen Preises wieder verkaufen zu können. In Zeiten der Finanzkrise und der Volatilität des Aktienmarktes wird Agrarland als attraktive spekulative Investition gesehen - zum Nachteil derjenigen, die das Land bebauen und für Lebensmittelproduktion nutzen wollen.

4. Was werden wir tun?

- 1. Kommodifizierung reduzieren; öffentlichen, demokratischen Zugang zu Allmenden (Land, Wasser, Saatgut, Wälder etc.) absichern:** Wie können wir das Bewusstsein über die Bedeutung der öffentlichen Politik für das Management von Gemeingütern stärken? Wie können wir die Beteiligung der örtlichen Gemeinschaften an der Entscheidungsfindung über die Landnutzung erreichen und stärken? Wie können wir sichern, dass einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft der Vorzug gegeben wird?
- 2. Transparenz und Öffentlichkeit erhöhen:** Wie können wir verhindern, dass europäische Banken und Unternehmen Landraub betreiben und mit Land (Agrotreibstoffe, Bergbau, ...) und Wasser (Staudämme,...) spekulieren? Wie können wir die Transparenz über die Rolle der großen Investoren bei Landraub und über die soziale, ökologische, lokale Auswirkung ihres Handelns steigern? Welche rechtlichen Instrumente haben wir um diese Vereinbarungen und Praktiken zu bekämpfen?
- 3. Bodenbesitzstrukturen ändern und Landreformbewegungen unterstützen:** Wie können wir die Konzentration der Produktionsmittel stoppen? Wie können wir die Kämpfe um den Zugang zu Land stärken, darunter Besetzungen und andere Formen der direkten Aktion? Wie können wir Allianzen zwischen städtischen und ländlichen Bewegungen zum Thema Ernährungssouveränität (Stadtgärten,...) stärken? Wie können wir den Austausch von positiven Erfahrungen fördern und den Schutz von z.B. Gemeinschaftsland erhöhen?

4. **Den Einstieg von Menschen in die Landwirtschaft erleichtern (junge Menschen, kollektive Hofformen,...)** Wie können Programme oder Projekte zur Förderung von nachhaltigen bäuerlichen Initiativen geschaffen oder ausgeweitet werden? Wie können wir die Umwandlung von großen industriellen Betrieben in kleinere multifunktionale Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen, fördern? Wie können wir die Mechanismen für die Erneuerung oder die Übergabe von Betrieben, basierend auf Solidarität (z.B. Hofübergabe außerhalb der Familie) fördern?

(Weiterführende) Literatur

- Nyéléni 2007: Forum für Ernährungssouveränität – Synthesebericht
<http://www.nyeleni.org/IMG/pdf/31Mar2007NyeleniSynthesisReport-en.pdf>
- Forum für Ernährungssouveränität jetzt! - final declaration (EN/ES/FR)
www.peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations
- Internationale Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung:
<http://www.icarrd.org/sito.html>
- Dakar Aufruf gegen Landraub
http://viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=1040:dakar-appeal-against-the-land-grab&catid=23:agrarian-reform&Itemid=36
- Reclaim the Fields: www.reclaimthefields.org
- Arbeit über freiwillige Leitlinien für eine verantwortungsvolle Steuerung des Bodenbesitzes, Fischerei und Forstwirtschaft, ausgearbeitet von der Zivilgesellschaft:
<http://cso4cfs.org/>
- Jugendplattform der Europäischen Koordination Via Campesina:
<http://www.eurovia.org/spip.php?article482&lang=en>
- Terre de Liens - www.terredeliens.org
- La Via Campesina: G20:Nein zum Landraub
http://viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=1086:g20-agriculture-no-to-food-grabbing-by-the-richest-nations-of-the-world&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38

Nyéléni Europe Einführungstext zu “Politikfelder”

Wer entscheidet über die Agrar- und Ernährungspolitik und wer profitiert davon?

Die Frage, wer über die Agrar- und Ernährungspolitik bestimmt, ist zentral für ein Ende des Hungers. Ernährungssouveränität erreichen wir nur, wenn wir verstehen, wo politische und finanzielle Entscheidungen getroffen werden und in wessen Händen die Macht liegt und wenn wir es schaffen, diese Bereiche für die demokratische Teilhabe zu öffnen. Entscheidungen entstehen aus komplexen Verhandlungsprozessen, an denen eine Vielzahl von lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und AkteurInnen teilhaben. .

Forum for Food Sovereignty Now! 2009

1 Warum ist es wichtig?

Globale und europäische Politiken erscheinen manchmal losgelöst vom lokalen Alltagsgeschehen, da mittlerweile weite Bereiche des Agrar- und Ernährungssystems außerhalb des Einflussbereichs von lokalen Gemeinschaften und sogar nationalen Regierungen und regionalen Institutionen liegen, und doch haben diese Politiken große Bedeutung für unser aller Leben. Ein Beispiel hierfür wären die Geistigen Eigentumsrechte, die den Konzernen bei der Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut helfen oder WTO-Regelungen, die die Ausbildung von lokalen Märkten behindern.

Das Agrar- und Ernährungssystem Europas wird von einem komplexen Gewirr an Regelungen und Politiken auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene beeinflusst. Schwachstellen im Entwicklungsprozess von politischen Rahmenbedingungen (unzulängliche Demokratie, Rechenschaftspflicht und Transparenz in der Entscheidungsfindung) und im Inhalt (Förderung von Unternehmensinteressen, neoliberaler WTO-Rahmen) schädigen jene widerstandsfähigen Lebensmittelsysteme, die die Krise der neoliberalen Globalisierung auffangen könnten. Es kann uns auch nicht egal sein, welche Auswirkungen die europäische Politik auf die Möglichkeiten der Entwicklungsländer hat, Ernährungssouveränität zu erreichen.

Europäische Politiken wie die Gemeinsame Agrarpolitik oder Regelungen z.B. betreffend den Import und Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut eröffnen große Freiräume für die Umsetzung der Ernährungssouveränität. Andere Politiken wie z.B. die Beimischungsziele für Agrotreibstoffe verhindern Ernährungssouveränität in Europa und weltweit und müssen geändert werden. Auch die europäische Handelspolitik - innerhalb der WTO und in Form von bilateralen Verträgen - hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Möglichkeit, Ernährungssouveränität zu verwirklichen. Es bleibt abzuwarten, ob die im Entstehen begriffene europäische Bewegung für Ernährungssouveränität Einfluss auf die Entscheidungsfindungsprozesse erlangen wird, oder ob sich die Regierungen und Institutionen weiterhin vor Systemänderungen drücken können.

Auf globaler Ebene bietet das Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) der FAO ein Beispiel für die sinnvolle Mitarbeit von sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft in der politischen Entscheidungsfindung. In Folge der Lebensmittelpreiskrise 2007/2008 konnte sich die Zivilgesellschaft dank unermüdlicher Anwaltschaft durchsetzen gegenüber den Bestrebungen der G8 und ihrer Verbündeten auf UnternehmerInnenseite, die weiterhin die alleinige Kontrolle über die Wertschöpfungskette erhalten wollten. Zum ersten Mal in der Geschichte gelang es der internationalen Gemeinschaft, ein Forum für Lebensmittelfragen zu

etablieren, in dem soziale Bewegungen gleiches Mitspracherecht wie Regierungen haben. Dieser Erfolg gründet sich auf 15 Jahren Arbeit in der und für eine Bewegung für Ernährungssouveränität, die von Organisationen von KleinproduzentInnen und LandarbeiterInnen getragen wird. Wir in Europa können und müssen von dieser Erfahrung lernen.

Was wollen wir?

Wir brauchen dringend eine Demokratisierung des Entstehungsprozesses von politischen Regelungen und Gesetzen. Die Debatte beginnt bereits beim Prozess, innerhalb dessen Politiken formuliert werden. Die breitest mögliche Teilhabe von BürgerInnen muss gewährleistet werden.

Märkte und der Austausch von Waren und Dienstleistungen unter Menschen müssen auf faire, verantwortliche und demokratische Art funktionieren. Der Austausch soll von gegenseitigem Vorteil sein. Die politischen Rahmenbedingungen sollen sich an den Interessen der Menschen, nicht der Unternehmen orientieren – an Werten wie Solidarität und Kooperation statt Konkurrenz, an der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen und an Gleichberechtigung.

Was sind nun die Kernforderungen im Bereich Politiken?

GAP: Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss sich am Prinzip der Ernährungssouveränität ausrichten. Dafür sind radikale Änderungen in Produktion, Verarbeitung und Verteilung und in der internationalen Handelspolitik nötig. Die GAP muss in sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Hinsicht legitim – also gesellschaftlich tragfähig - werden.

Fischerei: Wir wollen die Zerstörung von kleinen und mittleren Fischerbooten aufhalten, ebenso wie die Überfischung der europäischen und weltweiten Gewässer und uns für die Erhaltung der Fischressourcen einsetzen. Industrielle Aquakultur, die auf die Verfütterung von Fischmehl angewiesen ist und negative Auswirkungen auf die Umwelt hat, muss eingestellt werden.

Handel: Dem lokalen und regionalen Lebensmittelhandel muss oberste Priorität eingeräumt werden. Wir wollen europäische Handels- und Investitionsabkommen stoppen, die den Landraub und das Dumping von europäischen Nahrungsmitteln auf den Märkten des Globalen Südens begünstigen.

Umwelt, Ressourcen, Energie: Wir wollen eine Politik, die den geringen Einsatz von Betriebsmitteln und den geringen Verbrauch von Energie fördert, die nachhaltige und Biodiversitäts-fördernde Höfe unterstützt und auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen (Bodenfruchtbarkeit, ...) Rücksicht nimmt. Wir wollen Landreformen, die den Zugang zu Land erleichtern. Wir wollen Saatgutautonomie und Saatgut-Freiheit. Wir wollen die Privatisierung und Finanzialisierung von natürlichen Ressourcen und öffentlichen Dienstleistungen aufhalten. Wir wollen einen Widerruf der EU-Agrotreibstoffs-Beimischungsziele.

Ländliche Entwicklung: Wir wollen Diversität in Landwirtschaft und Lebensmitteln, nicht nur Wahlmöglichkeit innerhalb einer Palette von industrielle Nahrungsmitteln. Wir wollen, dass Städte von den umliegenden Höfen versorgt werden und dabei von der Kommunalpolitik unterstützt werden. Wir wollen eine Anpassung der Hygienerichtlinien an die kleinstrukturierte, regionale Lebensmittelverarbeitung.

Internationale Entwicklung: Wir setzen uns für eine Kohärenz der EU-Politiken zur Entwicklungszusammenarbeit ein. Wir wollen sicherstellen, dass die positiven Bestimmungen des „EU-Rahmenprogramms zur Unterstützung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern“ aus dem Jahr 2010 sowohl auf EU-Ebene als auch in den Entwicklungszusammenarbeitsprogrammen der Mitgliedstaaten zum Tragen kommen.

Soziales: Wir wollen die Gewährleistung von Arbeitsrechte für alle landwirtschaftlichen ArbeiterInnen. Wir wollen gleiche Rechte für Frauen und Männer in der Landwirtschaft. Auf der internationalen Ebene wollen wir die Vorteile des CFS nutzen, das wir mit aufgebaut haben, um uns für Ernährungssouveränität einzusetzen. Im Besonderen möchten wir auf die derzeitigen Politikbereiche des CFS eingehen: Zugang zu Land und zu natürlichen Ressourcen sichern, Agrar-Investitionen auf kleinbäuerliche Familienbetriebe ausrichten, die Ursachen der Preisvolatilität bekämpfen. Wir wollen weitere Kernthemen identifizieren, für die wir uns innerhalb von anderen globalen Foren wie z.B. der FAO-Kommission für Genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (CGFRA) einsetzen.

3 Was ist gegen uns?

Demokratiedefizit

Die Entscheidungen auf allen Ebenen der Agrar- und Ernährungspolitik sind undurchsichtig und unerklärlich. Die Finanz- und Schuldenkrise in Europa hat die zu Grunde liegende Krise der repräsentativen Demokratie deutlich gemacht. Die Regierungen Europas schützen nicht die Interessen ihrer BürgerInnen, sondern die Interessen des Privatsektors, des Bankensystems und der FinanzmarktspekulantInnen. Eine Überwindung dieses Demokratiedefizits ist für die Umsetzung von Ernährungssouveränität unerlässlich.

Macht der Konzerne und deren Interessensvertretungen

Die vereinten Lobbys der Nahrungsmittel-, Futtermittel-, Pestizid- und GVO-Saatgutindustrie auf allen politischen Ebenen (national, EU, global) haben politische Rahmenbedingungen zu ihrem Vorteil geschaffen. Konzernlobbyisten werden eingeladen, an den Entwürfen zu Legislativvorschlägen der EU mitzuarbeiten. Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und die Codex Alimentarius-Kommission für Lebensmittelsicherheit haben viele ExpertInnen der Industrie in ihren Reihen, die Forschungsergebnisse der Unternehmen verwenden, um die Sicherheit von Nahrungsmitteln zu „beweisen“.

Die internationalen Handelsabkommen erlauben den unbegrenzten Import von Eiweißfuttermitteln (Soja) aus Südamerika, der hier wie dort Armut und Umweltzerstörung verursacht.

Die Zusammenschlüsse der Agrar-Lobbys bemühen sich um einen verbesserten Zugang zu Fördermitteln für „Innovation“ und Steigerung der Produktivität (v.a. aus der GAP und den Forschungstöpfen), während sie die bestehenden Gesetze zu untergraben suchen (z.B. die Nulltoleranz bei der Verschmutzung von Saatgut mit nicht zugelassenen GVOs).

Die Situation wird verkompliziert, indem manche Teile der „Zivilgesellschaft“, vor allem in Ländern mit stark industrialisierter Landwirtschaft (wie den Niederlanden), mit der Agrarindustrie zusammenarbeiten und damit deren Aktivitäten gegenüber den Medien, den PolitikerInnen und der Öffentlichkeit legitimieren.

Änderungen in der GAP wurden bisher von Konzernen und Organisationen der COPA verhindert. Auf der institutionellen Ebene wird trotz der multiplen systemischen Krise das neoliberale Modell, repräsentiert durch die WTO-Regelungen, nicht in Frage gestellt.

Ein globalisiertes Ernährungssystem gegen Ernährungssouveränität

Auf internationaler und europäischer Ebene existiert eine unheilige Allianz unter den Akteuren, die die Macht der Konzerne im Lebensmittelsektor unterstützen: Agrar-Konzerne

an allen Schlüsselpunkten der Wertschöpfungskette, SpekulantInnen am Finanzmarkt, Regierungen, die sich mit Konzernen verbünden oder um Marktanteile am Exportmarkt rittern, und internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation, die alle die gleichen neoliberalen und Privatsektor-basierten Rezepte verschreiben. Die wirtschaftlichen und geo-politischen Interessen dieser Akteure basieren auf dem hartnäckigen Glauben an liberalisierte Märkte sowie an Technologietransfer, den wir hinterfragen müssen. Trotz ihres beeindruckenden Wachstums in den letzten Jahren ist die Bewegung für Ernährungssouveränität noch nicht stark genug, ist zu wenig vernetzt und schmiedet zu wenige Allianzen.

4. Was werden wir tun?

- 1. Die politische Entscheidungsfindung demokratisieren und die Macht der Konzerne brechen:** Was können wir tun, damit sich mehr Menschen in den Prozessen der politischen Entscheidungsfindung auf allen Ebenen engagieren? Wie können wir transparente und einschließende Räume der politischen Gestaltung von Ernährungssouveränität schaffen, angefangen bei kommunalen Gremien für eine regionale Lebensmittelversorgung? Welche Erfahrungen können wir nutzen und wo fehlen Informationen? Können wir von Bewegungen in anderen Ländern lernen, z.B. von den food policy councils (Lebensmittelpolitik-Räten) der USA und Kanadas? Wie können wir der Kontrolle der Konzerne über das Lebensmittelsystem entgegenwirken? Wo sind die wichtigsten Ansatzpunkte? Welche konkreten Initiativen und Projekte gibt es bereits, lokal, national und global? Welche Allianzen brauchen wir? Wie verbessern wir die Zusammenarbeit mit den Bewegungen für Ernährungssouveränität in anderen Regionen mit starker Konzernmacht, vor allem in Nordamerika?
- 2. Die politischen Rahmenbedingungen für Ernährungssouveränität in Europa schaffen – die Agrar- und Ernährungspolitik:** Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Ernährungssouveränität sollen in der GAP enthalten sein? Wie sollen wir uns für die Umsetzung auf der EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten einsetzen? Welche Änderungen können in der aktuellen GAP-Reform bereits umgesetzt werden? Für welche Änderungen brauchen wir eine langfristigere Strategie und wie soll sie aussehen? Wie können wir die Öffentlichkeit besser in die Debatte um die GAP einbeziehen? Welche Methoden sind dafür nötig?
- 3. Die politischen Rahmenbedingungen für Ernährungssouveränität in Europa schaffen – weitere Politikbereiche:** Welche weiteren Politikbereiche haben direkten und indirekten Einfluss auf die Umsetzung von Ernährungssouveränität? Welche stellen die größten Hindernisse dar? Sind Änderungen möglich oder ist es sinnvoller, sie abzuschaffen? Wenn Änderungen möglich sind, welche wären das? Wie stellen wir sicher, dass unsere Arbeit in den unterschiedlichen Politikbereichen kohärent ist?
- 4. Die politischen Rahmenbedingungen für weltweite Ernährungssouveränität schaffen:** Wie können wir uns organisieren, um das reformierte CFS bestmöglich zu nutzen? Welche Verbindungen müssen wir zwischen der europäischen Bewegung für Ernährungssouveränität und der Europa-Region des zivilgesellschaftlichen Mechanismus des CFS herstellen? Welche weiteren globalen Foren gibt es, die der Ernährungssouveränität nützlich sein könnten und wie gewinnen wir darin Einfluss? Wie können wir auf die Politik der EU innerhalb dieser Foren Einfluss nehmen und sicherstellen, dass deren Entscheidungen nicht die Fähigkeit anderer Länder zur Erreichung von Ernährungssouveränität beeinträchtigen?

(Weiterführende) Literatur

- Forum for Peoples' Food Sovereignty now" –final declaration (EN/ES/FR)
http://peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations
- "Now's the time to make it happen!" Nora McKeon – Artikel über Lebensmittelbewegungen und das reformierte Committee on World Food Security.
www.nyelenieurope.net
- European Food Declaration: <http://www.europeanfooddeclaration.org/declaration/en>
- Proposal for a New European Agriculture and Food policy that meets the challenges of this century, at
<http://www.europeanfooddeclaration.org/sites/default/files/10%2007%2029%20%20P%20proposal%20%20for%20a%20New%20EU%20Agr%20and%20Food%20Policy,%20AT%20J%E2%80%A6.pdf>
- The MISSING option for the Common Agricultural Policy post 2013:
<http://www.europeanfooddeclaration.org/sites/default/files/11%2003%2025%20the%20fourth,%20missing%20option%20for%20EU%20food%20and%20agricu%E2%80%A6.pdf>
- "Who owns Nature?", ETC Group (2008); <http://etcgroup.org/en/node/707>